



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des  
Handelsverbandes Lebensmittel (BVLH)**

**1. Ist die UNION der Meinung, dass sich Regulierungen zu Lieferbeziehungen in der Lebensmittelkette zwingend an Angebot und Nachfrage, der Preissetzungs- und Vertragsautonomie, an den Absatzkanälen sowie den Liefer- und Vertragsbeziehungen ausrichten müssen, wenn ja warum, wenn nein, warum nicht?**

**Antwort:**

Die Gestaltung der Vertragsbeziehungen ist grundsätzlich eine privatwirtschaftliche Aufgabe. Es kann auch nicht gelingen, die Marktkräfte von Angebot und Nachfrage außer Kraft setzen zu wollen. Gleichwohl müssen die Marktpreise und die Liefer- und Vertragsbeziehungen fair sein und den Erzeugern ein auskömmliches Einkommen ermöglichen. Die Markt- und Produktionsrisiken dürfen nicht beim Erzeuger alleine liegen. Unfaire Handelspraktiken, wie kurzfristige Stornierungen oder erzwungene Rabatte haben wir deshalb mit der Umsetzung der UTP-Richtlinie untersagt. CDU und CSU wollen eine faire Lieferkette mit Marktverantwortung von Verarbeitungsebene und Handel fördern.

**2. Welche der vom Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung vorgeschlagenen und von der Machbarkeitsstudie geprüften förder- und fiskalpolitischen Instrumente zur Verbesserung des Tierwohls in der Nutztierhaltung wird die UNION umsetzen bzw. welche neuen Maßnahmen werden es sein?**

**Antwort:**

Unsere Tierhaltung gehört – im Hinblick auf die Qualität und Sicherheit ihrer Erzeugnisse, die Tierwohlstandards sowie die ressourcenschonende Produktion – zu den besten der Welt. Daran müssen wir festhalten und sie weiter umbauen – für noch mehr Tierwohl.

Wir werden Innovationen schnell umsetzen und Investitionen in Tierwohl fördern. Wir werden ein Tierwohlstall-Förderungsgesetz erlassen, emissionsarme Modellställe entwickeln und unsere Landwirte beim Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Empfehlungen der Borchert-Kommission unterstützen, denn mit den Ergebnissen der Borchert-Kommission ist mehr Tierschutz zu haben. Damit wird der Umbau möglich. Auf

dieser Grundlage werden wir ein tragfähiges Finanzierungsmodell entwickeln und es über staatliche Verträge absichern und den Landwirten Planungssicherheit gewährleisten.

**3. Wird die UNION dafür sorgen, dass sich Deutschland auf EU-Ebene zur europaweiten Verbesserung des Tierwohls in der Nutztierhaltung für die Schaffung einer EU-weit einheitlichen Tierwohlkennzeichnung einsetzt, wenn nein, warum nicht, wenn ja, wie soll sie konkret ausgestaltet werden?**

**Antwort:**

Unser Ziel ist eine verpflichtende europäische Haltungs-/Tierwohlkennzeichnung und auch auf EU-Ebene eine aussagekräftige, für die Verbraucherinnen und Verbraucher besser erkennbare Herkunftskennzeichnung für mehr Lebensmittel. Unsere Bundeslandwirtschaftsministerin hat das Anliegen einer gemeinsamen Tierwohlkennzeichnung bereits auf europäischer Ebene platziert und die Diskussion darüber angestoßen.

**4. Wird die UNION dafür sorgen, dass sich Deutschland auf EU-Ebene für eine erweiterte Nährwertkennzeichnung einsetzt, wenn nein, warum nicht, wenn ja, wie soll sie konkret ausgestaltet werden?**

**Antwort:**

Mit dem Nutri-Score wurde eine erweiterte visuelle Nährwertkennzeichnung in Deutschland eingeführt. Das national Erreichte wollen wir nun auch auf europäischer Ebene umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Algorithmus des Nutri-Scores dabei nach wissenschaftlichen Kriterien weiterentwickelt wird.

**5. Wird die UNION dafür sorgen, dass sich Deutschland auf EU-Ebene dafür einsetzt, dass die Auslobungsgrenzen für Zucker-, Fett- und Salzreduktionen in der Health-Claim-**

**Verordnung verringert werden, um Verbraucher besser über Reduktionserfolge zu informieren, wenn ja warum, wenn nein, warum nicht?**

**Antwort:**

Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Weiterentwicklung bzw. Ausgestaltung der Health-Claims-Verordnung die Ergebnisse der Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten einfließen und die Erfolge besser darstellbar werden.

**6. Wird die UNION dafür sorgen, dass sich Deutschland für EU-weit harmonisierte Regelungen zur Nachhaltigkeitskennzeichnung einsetzt und wie wird sichergestellt, dass diese Kennzeichnung auf fundierten Folgenabschätzungen ruht und privatwirtschaftliche Systeme und Standards nicht gefährdet?**

**Antwort:**

Wir wollen ergänzend zum Öko-Siegel ein Nachhaltigkeitssiegel für konventionelle Agrarprodukte entwickeln. Unserem Verständnis nach setzt das harmonisierte Regelungen zu Nachhaltigkeitskennzeichnung voraus. Wir setzen uns auch bei der Lebensmittelkennzeichnung immer für fakten- und wissenschaftsbasierte Regelungen ein.

**7. Wird die UNION durch den Abbau von rechtlichen und administrativen Hürden sowie durch den Ausbau von Anreizsystemen den Lebensmittelhandel wirksam dabei unterstützen, Lebensmittel leichter an karitative Organisationen spenden zu können, wenn ja warum, wenn nein, warum nicht?**

**Antwort:**

Wir werden Lebensmittelspenden an die Tafeln, soziale Einrichtungen und Organisationen, die Lebensmittel retten, vereinfachen – soweit nötig auch durch gesetzliche Änderungen.

Unsere Nahrungsmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie dürfen aus ethischen, ökologischen und auch wirtschaftlichen Gründen nicht achtlos verschwendet werden. 12 Millionen Tonnen weggeworfene Lebensmittel pro Jahr – 75 Kilogramm pro Person sind entschieden zu viel. Unser klares Ziel ist die Halbierung bzw. deutliche Reduzierung der Lebensmittelverschwendung bis 2030. Mit der Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung sind wir auf einem guten Weg. CDU und CSU werden ihr noch mehr Nachdruck verleihen. Ein wichtiger Punkt dabei sind die Lebensmittelspenden.

**8. Wird die UNION auf eine Verbesserung der Ausstattung der Lebensmittelüberwachung hinwirken, damit Kontrollen besser wahrgenommen und dadurch die Lebensmittelsicherheit viel effektiver gestärkt wird, als durch die Veröffentlichung von Kontrollergebnissen, wenn ja warum, wenn nein, warum nicht?**

**Antwort:**

Bei der Lebensmittelsicherheit darf es keine Abstriche geben, schließlich geht es um die Gesundheit der Menschen. Das ist in erster Linie die Aufgabe der Lebensmittelunternehmer, denn sie müssen dafür sorgen, dass Lebensmittel sicher sind. Kontrolliert wird dies von der amtlichen Lebensmittelüberwachung, für die in unserem föderalen System die Länder zuständig sind. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die amtliche Lebensmittelüberwachung gut ausgestattet ist. Damit die Kontrollen nach gleichen strengen Grundsätzen in ganz Deutschland erfolgen und sie noch treffsicherer werden, ist die Allgemeine Verwaltungsvorschrift Rahmen-Überwachung (AVV-Rüb) novelliert worden. Die Regelkontrollfrequenzen werden zukünftig verbindlich. Betriebe mit einem erhöhten Risiko und Betriebe, die auffällig geworden sind, werden in Zukunft noch stärker in den Blick genommen und häufiger kontrolliert. Die Länder müssen die Verwaltungsvorschrift umsetzen. Dies wird die Zahl der Kontrollen bundesweit rund 280 000 im Jahr erhöhen.